



Alice Ditsove Birungi (links im Bild) neben ihrem Kohlfeld in der Provinz Ituri in der Demokratischen Republik Kongo. Die Bäuerin war Teil eines Landwirtschaftsprojekts von Aktion gegen den Hunger. © Alexis Huguet

EINE WELT OHNE HUNGER

**Fünf Forderungen für den
Koalitionsvertrag der neuen
Bundesregierung**

März 2025



Die kommende Legislaturperiode ist die letzte, in der noch Weichen für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Agenda 2030) gestellt werden können. Damit kommt der neuen Bundesregierung eine besondere Verantwortung zu. Gerade in Zeiten von multiplen Krisen – Kriege und Konflikte, Vertreibung, Klimakrise und Hungersnöte – ist es erforderlich, dass Deutschland als bisher zweitgrößter bilateraler Geber für humanitäre Hilfe sowie Entwicklungszusammenarbeit einen substanziellen Beitrag zu einer Welt ohne Hunger und Mangelernährung leistet. Internationale Solidarität und menschliche Sicherheit müssen Leitlinien einer deutschen Außenpolitik bleiben. Aktion gegen den Hunger fordert daher, dass folgende Maßnahmen und Prioritäten im Koalitionsvertrag verankert werden:

1. HUNGERBEKÄMPFUNG ALS PRIORITÄT SETZEN

Aufgrund von bewaffneten Konflikten, den Folgen des Klimawandels und sozialer Ungleichheit leiden noch immer 733 Millionen Menschen Hunger. Fast drei Milliarden Menschen können sich keine gesunde Ernährung leisten. Das Recht auf angemessene Nahrung sollte daher eine Priorität in der deutschen Außenpolitik bleiben und handlungsleitend für die internationale Zusammenarbeit sein.

Nur durch ein Zusammenspiel aus kurz- und langfristigen Maßnahmen lässt sich Hunger wirksam bekämpfen: Neben verlässlicher Entwicklungs- und Klimafinanzierung sollte die Bundesregierung prinzipienorientierte und bedarfsgerechte humanitäre Hilfe leisten, ohne diese für geopolitische Interessen zu instrumentalisieren.

2. FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG IN ZEITEN MULTIPLER KRISEN ERHÖHEN

Angesichts der wachsenden Zahl von bewaffneten Konflikten, der geopolitischen Spannungen und den einsetzenden Folgen der Klimakrise ist klar: Es ist keine Zeit für Kürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Ein Rückzug Deutschlands von seiner Rolle als verlässlicher Geber und Partner würde Menschenleben kosten, die Glaubwürdigkeit auf internationaler Bühne

erheblich beeinträchtigen und die Kosten von multiplen Krisen zum einen in die Zukunft verlagern und zum anderen drastisch erhöhen. Es braucht ein klares politisches Bekenntnis zu humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, untermauert mit einer angemessenen Mittelausstattung von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens.

3. ERNÄHRUNGSSYSTEME NACHHALTIG UND SOZIAL GERECHT GESTALTEN

Für ein dauerhaftes Ende von Hunger und Mangelernährung braucht es Ernährungssysteme, die nachhaltige und gesunde Ernährung auch für vulnerable Gruppen wie Frauen und Kinder ermöglichen. Gleichzeitig muss der ökologische Fußabdruck der Lebensmittelproduktion dringend reduziert werden. Um die vorhandenen Synergien zwischen Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Hungerbekämpfung optimal zu nutzen, sollte die Bundesregierung

agrarökologische und lokale Ansätze fördern. Dafür ist es wichtig, dass der Welternährungsausschuss als zentrale Governance-Struktur für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung politisch und finanziell gestärkt wird und bestehende Vereinbarungen umgesetzt werden.

4. INTERNATIONALES VÖLKERRECHT SCHÜTZEN

Bewaffnete Konflikte sind der größte Treiber von Hunger und Mangelernährung auf der Welt. In einer Zeit zunehmend langanhaltender Krisen muss eine erfolgreiche Außenpolitik mittels humanitärer Diplomatie zur Lösung von Konflikten und Konsolidierung von Frieden beitragen. Das internationale

Ansehen Deutschlands muss genutzt werden, um die Umsetzung der Resolution 2417 (2018) des VN-Sicherheitsrates ebenso wie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu fördern und einzufordern – insbesondere die Einhaltung des Verbots des Einsatzes von Hunger als Kriegswaffe.

5. INTERNATIONALE SOLIDARITÄT VERTEIDIGEN

Der aktuelle öffentliche Diskurs in Deutschland bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt nach innen und außen. Ungleichheit und Armut weltweit verschärfen sich, während die Unterstützung für lebensrettende Arbeit in Krisen- und Konfliktgebieten der Welt schwindet. In einer Zeit, in der die humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit weltweit unter Druck steht und sich die USA als größter Geber zurückziehen, muss die deutsche Regierung

eine starke Rolle übernehmen und zu ihren demokratischen Grundprinzipien und Werten sowie ihrer (aktuell stark zunehmenden) internationalen Verantwortung stehen. Die Welt benötigt von Deutschland als dem wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichsten EU-Mitglied mehr denn je ein klares politisches Bekenntnis zu internationaler Solidarität und gegen jede Form von Populismus und Diskriminierung.



MEHR INFORMATIONEN ZU UNSEREN FORDERUNGEN

https://www.aktiongegenhunger.de/sites/default/files/2024-08/aktion-gegen-den-hunger-wahlprogramme-empfehlungen_3.pdf



Aktion gegen den Hunger ist die deutsche Sektion von Action contre la Faim. Wir unterstützen rund 21 Millionen Menschen in 56 Ländern und Regionen. Seit 45 Jahren kämpfen wir gegen Mangelernährung, schaffen Zugang zu sauberem Wasser und gesundheitlicher Versorgung. Unsere 8.987 Mitarbeitenden weltweit leisten Nothilfe und unterstützen Menschen beim Aufbau nachhaltiger Lebensgrundlagen.

ANSPRECHPERSON

Kira Fischer

Leitung Advocacy

kfischer@aktiongegenhunger.de

IMPRESSUM

Aktion gegen den Hunger

Wallstr. 15a · 10179 Berlin

www.aktiongegenhunger.de

